

Der US-Friedensaktivist David Cortright fordert die internationale Friedensbewegung auf, für die Erhaltung des INF-Vertrages auf die Straße zu gehen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 154/18 – 05.12.18

Die Friedensbewegung hat den INF-Vertrag durchgesetzt Jetzt müssen wir um seine Erhaltung kämpfen

In den 1980er Jahren gingen Millionen Atomraketen-Gegner auf die Straßen, um die westlichen Regierungen unter Druck zu setzen. Jetzt müssen wir das wieder tun.

Von David Cortright

The Nation, 14.11.18

(<https://www.thenation.com/article/nuclear-arms-inf-treaty-peace-movement/>)

Die Ankündigung des Weißen Hauses, den Intermediate Range Nuclear Forces Treaty / INF (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag> und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14118_261018.pdf) kündigen zu wollen, hat aus gutem Grund breite Kritik hervorgerufen. Ehemalige Offiziere und Diplomaten sehen diesen Vertrag als "Grundlage" für weitere Abrüstungsschritte an [s. <https://www.nytimes.com/2018/11/08/world/europe/trump-russia-arms-treaty.html>]. Der 1987 geschlossene Vertrag ermöglichte den Abzug Tausender gefährlicher Mittelstreckenraketen aus Europa und die Beendigung des Kalten Krieges. Die Trump-Regierung behauptet, Moskau habe den Vertrag gebrochen. Wenn das tatsächlich zuträfe, müsste der Vertrag schleunigst neu verhandelt, aber keinesfalls gekündigt werden. Nach Meinung von Experten würde die Aufkündigung des INF-Vertrages die internationale Sicherheit untergraben und ein neues Wettrüsten in Europa in Gang setzen.



Friedensdemo in den 1980er Jahren (Foto entnommen aus Google)

Auch Progressive warnen vor dieser Bedrohung, Stephen Miles (s. <http://winwithoutwar.org/stephen-miles/>), der Direktor der Initiative Win Without War (Siegen ohne Krieg, s. <http://winwithoutwar.org/about/> und https://en.wikipedia.org/wiki/Win_Without_War) befürchtet, dass durch die Kündigung des INF-Vertrages die Gefahr eines Atomkrieges wächst, und hat den Kongress aufgefordert, kein Geld für Waffen zu bewilligen, die gegen diesen Vertrag verstoßen.

Der INF-Vertrag nimmt einen besonderen Platz in der Geschichte des Friedens ein. Er war eine Reaktion auf die großen Demonstrationen gegen die Stationierung atomarer Mittel-

streckenraketen, die in den 1980er Jahren in Europa (s. <http://archiv.friedenskooperative.-de/ff/ff08/2-63.htm>) und den USA stattfanden. In gewisser Hinsicht ist dieser Vertrag nur der Friedensbewegung zu verdanken, und deshalb müssen wir alles in unserer Kraft Stehende tun, um ihn zu retten.

Lasst uns zunächst zurückschauen (s. dazu auch <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45142180.html>). Weil die Sowjetunion 1979 SS-20-Raketen (s. <https://www.atomwaffena-z.info/glossar/s/s-texte/artikel/8dd8ce107f/ss-4-bis-ss-27.html>) nach Osteuropa verlegt hatte und die NATO sich daraufhin entschloss, Raketen des Typs Pershing II (s. <https://www.atomwaffena-z.info/glossar/p/p-texte/artikel/1e07ea7734/pershing-ii-rakete.html>) und Cruise Missiles (Marschflugkörper, s. https://de.wikipedia.org/wiki/BGM-109_Tomahawk) in Westeuropa zu stationieren (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Doppelbeschluss>), gingen Millionen Menschen auf die Straße, um ein Ende des Wettrüstens zu fordern, das Europa der Gefahr der atomaren Vernichtung aussetzte. 1981 und 1983 gab es große Protestmärsche in ganz Westeuropa – die größten Demonstrationen in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Auch in den USA breitete sich die Nuclear Freeze Movement (die Bewegung Stoppt die atomare Aufrüstung, s. https://en.wikipedia.org/wiki/Nuclear_Freeze_campaign) wie ein die Massen erfassendes Lauffeuer aus. Hunderte von Städten und Gemeinden in neun Staaten führten Volksbefragungen durch, in denen ein Stopp der atomaren Aufrüstung der USA und der Sowjetunion gefordert wurde. Im Juni 1982 demonstrierten im Central Park in New York fast eine Million Menschen gegen das Wettrüsten und für die Verschrottung aller Atomwaffen. Es war die größte Friedensversammlung in der Geschichte der USA.

Die vielen Friedensaktivitäten, die in den 1980er Jahren beiderseits des Atlantiks stattfanden, setzten die Regierungen unter Druck und machten eine Antwort unumgänglich. Weil Vertreter europäischer Regierungen auf Verhandlungen drängten, erklärte sich die Reagan-Regierung im Herbst 1981 dazu bereit, viel früher in Gespräche mit der Sowjetunion einzutreten, als die Hardliner wollten. Verteidigungsminister Caspar Weinberger (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Caspar_Weinberger) sagte bei einem Treffen mit katholischen Bischöfen, die US-Regierung werde erst dann ernsthaft mit der Sowjetunion verhandeln, wenn die USA bei den Mittelstreckenraketen "nachgerüstet" hätten, und dazu bräuchten sie noch mindestens 8 Jahre. Trotzdem musste Reagan nur wenige Monate nach Amtsantritt in Verhandlungen eintreten, auch weil der politische Druck aus der Friedensbewegung zu groß wurde. Weinberger gab in seiner Biografie zu, auch Minister aus NATO-Staaten hätten Verhandlungen gefordert, weil die Demonstrationen der Raketengegner immer zahlreicher und größer wurden.

Die öffentlichen Proteste wirkten sich auch auf den Inhalt der Verhandlungen aus. Schon in der ersten Gesprächsrunde schlugen die USA und ihre NATO-Verbündeten die so genannte "Nulllösung" vor, also den Rückzug aller Mittelstreckenraketen beider Seiten – der SS-20 sowie der Pershing II und Cruise Missiles – aus ganz Europa. Die Idee von der Nulllösung wurde von den Atomraketen-Gegnern übernommen. Ein Mitarbeiter der US-Regierung hat der britischen Wissenschaftlerin und Friedensaktivistin Mary Kaldor (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Mary_Kaldor) gestanden: "Die Idee (der Nulllösung) haben wir von euren Transparenten übernommen, auf denen 'Keine Cruise, keine Pershing und keine SS-20' stand." Ein führender Berater des Weißen Hauses gab zu, dass die Nulllösung "eine Reaktion auf die Forderung der Raketengegner" war. Selbst Weinberger erklärte, die Nulllösung gehe "auf Forderungen der Friedensbewegung und führender europäische Politiker zurück".

In Washington gab es großen Widerstand gegen die Nulllösung, weil viele glaubten, die Cruise Missiles und Pershings würden in Europa gebraucht – völlig unabhängig von Ent-

scheidungen der Sowjetunion. US-Außenminister Alexander Haig (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Haig) erklärte auf einem Treffen des Nationalen Sicherheitsrates im Jahr 1981: "Wir möchten keine Nulllösung, selbst wenn wir eine haben könnten." Henry Kissinger und Richard Nixon schrieben später, die Zustimmung zur Nulllösung werde "die Sicherheit untergraben und zum Zerfall der NATO führen".

Die US-Regierung akzeptierte den Vorschlag schließlich widerwillig, weil er politisch opportun war und den Abrüstungsbefürwortern den Wind aus den Segeln nahm. Sie schlug die Nulllösung vor, in der zynischen Erwartung, die verknöcherte Führung der Sowjetunion werde das Angebot zurückweisen – was sie dann auch tat. Die überalterten Kremlchefs klammerten sich unnachgiebig an ihre SS-20 und weigerten sich, deren Beseitigung überhaupt in Betracht zu ziehen; damit fielen sie natürlich der Friedensbewegung in den Rücken.

Die Führungen der (USA und der) NATO waren sehr zufrieden, weil sie die beiderseits des Atlantiks auf der Straße demonstrierende Friedensbewegung ausmanövriert hatten. Da die Sowjets die angebotene Nulllösung abgelehnt hatten, konnten sie mit der Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles in Europa beginnen. Die atomaren Falken hatten sich vorübergehend durchgesetzt.

Die Raketen-Gegner gaben jedoch nicht auf. Die Demonstrationen und Proteste auf den Straßen und Plätzen gingen trotz der Enttäuschung darüber, dass die Raketen-Stationierung nicht hatte verhindert werden können, ohne Unterbrechung weiter. Viele ihrer Organisatoren wechselten in die Politik, beteiligten sich an Wahlkämpfen und zogen in die Parlamente ein. In den USA organisierten sich die Aktivisten im National Committee For a Sane Nuclear Policy / SANE (s. <https://www.encyclopedia.com/history/encyclopedias-almanacs-transcripts-and-maps/national-committee-sane-nuclear-policy>), im Council for a Livable World (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Council_for_a_Livable_World) und in anderen Gruppen, um Mitglieder des Kongresses für Abrüstungsinitiativen zu gewinnen und das Weiße Haus mit politischem Druck zu mehr Flexibilität am Verhandlungstisch zu zwingen. Auch die Nuclear Freeze Campaign (die Kampagne für das Einfrieren der Atomwaffenentwicklung, s. unter https://en.wikipedia.org/wiki/Nuclear_Freeze_campaign) setzte ihr Trommeln für atomare Abrüstung uneingeschränkt fort.

Michail Gorbatschow (s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Michail_Sergejewitsch_Gorbatschow), der 1985 in Moskau an die Macht kam, startete sein revolutionäres Perestroika-Programm (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Perestroika>). Damit sollte nicht nur die Sowjetunion umgestaltet werden, durch atomare Abrüstung wollte er auch den Weltfrieden sicherer machen. Bei dem Treffen mit dem US-Präsidenten Reagan, das 1986 in der isländischen Hauptstadt Reykjavík stattfand, bot nun Gorbatschow die Nulllösung an und ging damit nachträglich auf das "Scheinangebot" Washingtons ein. Sowjetische und US-amerikanische Unterhändler erarbeiteten schnell die Details des INF-Vertrages (der am 8. Dezember 1987 anlässlich des Gipfeltreffens in Washington unterzeichnet und am 1. Juni 1988 während des Gipfeltreffens in Moskau in Kraft gesetzt wurde). Damit war die Nulllösung Wirklichkeit geworden.

Bald darauf kam ich nach Deutschland, um auf einer Konferenz der Partei DIE GRÜNEN zu sprechen. Ich dachte, die Parteimitglieder seien mit dem Vertrag zufrieden. Viele Delegierte waren aber verwirrt und unsicher. Sie hatten 1983 den Kampf um die Stationierung verloren, und erkannten nicht, dass auch ihre Aktivitäten zum Zustandekommen des INF-Vertrages beigetragen hatten.

Das ist eine Erfahrung, die man häufig mit sozialen Bewegungen macht. Sie verkennen oft den Einfluss, den ihre Bemühungen auf politische Prozesse haben. Änderungen treten

meist nicht so schnell ein, wie erwartet wird, und es kommt sogar zu Rückschlägen. Beharrlichkeit zahlt sich aber aus, hält die politische Debatte in Gang und erzeugt letztlich den Druck, der zu Veränderungen führt.

Es ist wichtig, sich an diese geschichtlichen Vorgänge und die Bedeutung des INF-Vertrages für die Erhaltung des Friedens zu erinnern. Es ist besonders wichtig, auch jetzt wieder politischen Druck zu erzeugen, um den INF-Vertrag zu erhalten und das Erbe der globalen Friedensbewegung aus den 1980er Jahren zu bewahren. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14618_121118.pdf)

David Cortright hält Vorlesungen über die Erhaltung des Friedens an der University of Notre Dame (s. <https://www.nd.edu/about/>) und ist der Autor des Buches "Peace: A History of Movements and Ideas (Frieden: Eine Geschichte der Bewegungen und Ideen)

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Weitere Infos über den Autor sind nachzulesen unter https://en.wikipedia.org/wiki/David_Cortright . Nach unserer Anmerkung drucken wir den Originaltext ab.)

Anmerkung

Inzwischen hat auch das International Peace Bureau (s. <https://www.ipb.org/>) einen Aufruf zur Erhaltung des INF-Vertrages veröffentlicht, der unter <https://www.ipb.org/ipb-statements/ipb-statement-inf-treaty/> aufzurufen ist und u.a. die folgende Passage enthält:

"Committed to MAD – Mutually Assured Destruction – President Putin has reiterated Russia's commitment to maintain the balance of forces with the United States. Nuclear-capable missiles have been deployed to Kaliningrad in the heart of Central Europe. To evade or overwhelm U.S. missile defences, Russia is deploying (a) new long-range multiple warhead missiles, hypersonic cruise and other missiles capable of flying up to five times the speed of sound, and has pledged the deployment of a nuclear-powered "unmanned underwater vehicle" capable of destroying port cities with nuclear weapons."

Übersetzt heißt das: "Mit dem Festhalten an der Mutually Assured Destruction / MAD (der gesicherten gegenseitigen Zerstörung, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Gleichgewicht_des_Schreckens) will Präsident Putin das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Russland und den USA sicherstellen. Deshalb hat er atomwaffenfähige Raketen nach Kaliningrad ins Herz Mitteleuropas verlegen lassen. Um den US-Raketenabwehrschild zu umgehen oder zu überwinden, hat Russland neue Langstreckenraketen mit mehreren Atomsprengköpfen, hyperschallschnelle Marschflugkörper und weitere Raketen mit bis zu fünffacher Schallgeschwindigkeit und ein atomar bestücktes, unbemanntes 'Unterwasserfahrzeug' entwickelt, das Hafenstädte zerstören kann."

Im verteidigungspolitischen Teil seiner Rede an die Föderationsversammlung, der unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02918_050318.pdf aufzurufen ist, hat Putin die Entwicklung dieser neuen Waffen bestätigt und als "Reaktion auf den einseitigen Rücktritt der USA vom ABM-Vertrag (über die Abwehr ballistischer Raketen, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/ABM-Vertrag>) und die bereits vorgenommene Aufstellung neuer Raketenabwehrsysteme sowohl in den USA als auch außerhalb ihrer nationalen Grenzen" begründet.

Offensichtlich soll mit der von Reiner Braun mitverantworteten englischen Fassung der falsche Eindruck erweckt werden, die Russen hätten mal wieder zuerst an der Rüstungsspi-

rale gedreht, und der Westen wolle nur "nachrüsten". Dass das nicht zutrifft, haben wir bereits in der LUFTPOST 141/18 nachgewiesen, die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14118_261018.pdf aufzurufen ist.

In der unter <http://www.ipb.org/wp-content/uploads/2018/11/Aufruf-zur-Verteidigung-des-INF-Vertrages.pdf> verbreiteten deutschen Fassung des IPB-Aufrufs wird diese Passage – stark verkürzt – wie folgt wiedergegeben:

"Präsident Putin bekräftigte das Engagement Russlands für die Aufrechterhaltung des 'Gleichgewicht des Schreckens' (MAD-Doktrin). Atomraketen wurden in Kaliningrad stationiert. Er kündigte weitere Gegenmaßnahmen an."

Was soll diese Verkürzung bewirken?

THE Nation.

The Peace Movement Won the INF Treaty. We Must Fight to Preserve It.

In the 1980s, millions of antinuclear activists took to the streets, forcing Western governments to respond to our demands. We can do the same now.

By David Cortright
November 14, 2018

The White House proposal to withdraw from the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (INF) has been widely criticized, for good reason. Former military officials and diplomats have described the agreement as a "bedrock" of arms control. The 1987 treaty eliminated thousands of deadly medium-range missiles in Europe and helped to end the Cold War. The Trump administration alleges that the agreement is flawed and that Moscow is cheating, but if there is a problem, the answer is to try to fix the treaty rather than walk away from it. Scrapping the agreement would undermine international security, the former officials warn, and could prompt a new arms race in Europe.

Progressives have also blasted the proposal. Win Without War director Stephen Miles said that abandoning the agreement could increase the risk of nuclear war and called upon Congress to deny funding for any weapons that violate the treaty.

The INF agreement occupies a special place in peace history. The treaty was a response to and result of the massive nuclear-disarmament movements that swept across Europe and the United States in the 1980s. In some respects the peace movement owns this agreement, and we must do what we can to ensure it is not taken away.

Let's review the history. Beginning in 1979, as the Soviet Union deployed SS-20 missiles in Eastern Europe and NATO prepared to deploy new cruise and Pershing missiles in the West, millions of people took to the streets to demand an end to an accelerating arms race that put Europe in the nuclear crosshairs. In 1981 and again in 1983, massive protest marches occurred all across Western Europe—the largest rallies in postwar European history. In the United States, the nuclear-freeze movement spread like a populist prairie fire. Hundreds of cities and towns and nine states conducted public referendums calling for a halt to US and Soviet nuclear-weapons development. In June 1982 close to a million people con-

verged on New York's Central Park for the Rally to Freeze and Reverse the Arms Race, the largest peace rally in American history.

The many citizen actions that took place on both sides of the Atlantic during those years put pressure on political leaders to respond. With European officials calling for negotiations, the Reagan administration agreed to open talks with the Soviet Union in the fall of 1981, much sooner than hard-liners had planned. Defense Secretary Caspar Weinberger told a meeting of Catholic bishops that the administration would not negotiate seriously with the Soviet Union until after the United States had "rearmed," a process he estimated would take eight years. Yet, within months of taking office, the United States was at the bargaining table, driven in part by the political demands of the disarmament movement. Weinberger acknowledged in his memoir that antinuclear demonstrations generated pressure on NATO ministers to begin negotiations.

Public protests also shaped the content of the negotiations. At the opening session of the talks, the United States and its NATO allies proposed the so-called zero option: the elimination of all intermediate-range weapons, on both sides. No SS-20s or cruise and Pershing missiles. The idea of the zero solution originated in the demands of the antinuclear movement. A State Department official told scholar-activist Mary Kaldor, "We got the idea from your banners. You know, the ones that say 'No Cruise, No Pershing, No SS-20s.'" A senior White House counselor said the zero solution was "our response to the antinuclear people." Weinberger also attributed the proposal to "a number of antinuclear groups" and political leaders in Europe.

Many in Washington opposed the zero option and believed that cruise and Pershing missiles in Europe were necessary regardless of what the Soviet Union did. Secretary of State Alexander Haig told a National Security Council meeting in 1981, "We wouldn't want a zero option even if we could have it." Henry Kissinger and Richard Nixon later wrote that agreeing to the zero option would undermine security and lead to the breakup of NATO.

Reluctant US officials nonetheless accepted the proposal because it was politically popular and provided a way of responding to and attempting to coopt the demands for disarmament. They presented the zero solution in the cynical expectation that the ossified leadership of the Soviet Union would reject the offer, which they did. The aging bosses of the Kremlin clung tenaciously to their missiles and refused to consider their elimination, thereby directly undercutting the peace movement.

NATO leaders felt satisfied that they had outmaneuvered the transnational movement in the streets. They had offered the zero option but the Soviets had refused, so they were now free to proceed with cruise and Pershing deployments. The nuclear hawks had won the day, it seemed.

The people in the streets refused to go away, however. Demonstrations and protests continued, despite the disappointment of not having stopped the missile deployments. Many organizers became policy advocates and worked on electoral and legislative campaigns. In the United States, activists worked with SANE, the Council for a Livable World, and other groups to pressure members of Congress for arms reduction, which generated political pressure on the White House for more flexibility at the bargaining table. The nuclear-freeze movement kept up a steady drumbeat for arms reduction.

Then, in 1985, Mikhail Gorbachev came to power and launched his revolutionary program of perestroika at home and support for nuclear disarmament and peace in the world. During his 1986 summit with Reagan at Reykjavik, Iceland, Gorbachev signaled acceptance

of the zero option, and Soviet and US negotiators promptly worked out the details. Moscow was finally saying yes to Washington's offer. The zero option became reality.

Soon afterward, I came to Germany to speak at a Green Party conference. I thought the party activists would be pleased by the treaty, but many delegates were confused and uncertain. They had lost the fight to stop the deployments in 1983 and did not recognize the broader impact of their activism in shaping the terms of the negotiations and creating pressure for peace.

That's a common experience in social movements. We often don't see the effects of our work in the political processes that unfold in response to our action. Change usually does not occur as we expect, and there are setbacks along the way. But persistent pressure can have an impact, and is often decisive in setting the terms of political debate and generating pressure for change.

It's important to remember this history, and the significance of the INF treaty as an achievement for peace. It's also important to generate renewed political pressure now to preserve the agreement and keep alive this vital legacy of the citizens' movement for nuclear sanity.

David Cortright David Cortright teaches peace studies at the University of Notre Dame and is the author of *Peace: A History of Movements and Ideas* (Cambridge).

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern